

TOP 3.7.7 Bericht über Freihandelsverhandlungen der EU mit Indien und die damit zusammenhängenden Aktivitäten der AK

1. Beschreibung der Problematik

Die EU verhandelt auf Basis ihrer Global Europe Strategie eine Fülle von Freihandelsabkommen (FHA), darunter aktuell auch eines mit Indien. Erklärtes Ziel ist eine umfangreiche und gegenseitige Deregulierung annähernd des gesamten Handels zwischen beiden Handelsmächten. Über den Güterhandel hinaus wird das Abkommen Kapitel zu Dienstleistungen, Investitionen, öffentlichem Beschaffungswesen, geistigen Eigentumsrechten und anderen Bereichen enthalten. In all diesen Bereichen werden die Vereinbarungen sehr viel weiter gehen als gegenwärtige Übereinkünfte innerhalb der WTO. In den Verhandlungen besteht die Europäische Kommission auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und will Asymmetrien in den Verpflichtungen beider Seiten vermeiden, obwohl der Entwicklungsstand der EU mit Indien nicht vergleichbar ist.

Die EU fordert ua besseren Marktzugang für europäische Autos, Banken und Versicherungsunternehmen, Einzelhandelskonzerne und für ihre hoch subventionierten landwirtschaftlichen Produkte. Die österreichische Wirtschaft interessiert sich ua für einen besseren Marktzugang bei Viskosefasern, Agrarprodukten und verarbeiteten landwirtschaftliche Produkten, Textilien und Bekleidung, Papier und Zellstoffprodukte, Glas und Glaswaren, Maschinen und Metalle sowie Kraftfahrzeugen.

Indien ist mit seinen 1,2 Mrd Einwohnern wie China einerseits ein riesiger Absatzmarkt und verfügt andererseits über einen enormen Pool an Arbeitskräften, was es äußerst interessant für die europäische Wirtschaft macht. Dennoch ist es ein Entwicklungsland und gerät unter einen extremen Marktöffnungsdruck seitens der europäischen Verhandler. Die schlechten Arbeitsbedingungen und die vielfach extrem niedrigen Löhne werden von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen kritisiert. Es gibt kein soziales Netz, das die Bauern, Tagelöhner, Wanderarbeiter und Kleinunternehmer auffangen würde, wenn ihre lokalen Einkommensquellen wegen der europäischen Importkonkurrenz wegbrechen würden.

Indien hat die ILO-Übereinkommen 87 und 98 – Kernarbeitsnormen über Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Kollektivverhandlungen – bisher nicht ratifiziert. Häufig wurde in Indien mit Hilfe der Regierung und durch Polizeigewalt versucht eine effektive gewerkschaftliche Vertretung der indischen ArbeitnehmerInnen zu untergraben. Der IGB hat im Jahr 2011 mehr als 5000 Verletzungen dokumentiert, dabei gab es mehr als 2000 streikbedingte Verhaftungen sowie über 2000 streikbedingte Entlassungen. 179 Menschen wurden durch Polizeigewalt verletzt. Ein Problem besteht auch in der mangelnden Anerkennung der Gewerkschaften insbesondere auch durch Konzerne aus Industriestaaten (zB Unilever, Ford, Hyundai).

2. Stand der Verhandlungen

Die Verhandlungen der EU mit Indien verlaufen schleppend und können sicher nicht wie ursprünglich angestrebt Ende 2012 abgeschlossen werden. Die Verhandlungsdauer ist ungewiss, in der ersten Jahreshälfte verlangsamten sich die Verhandlungen wegen der Regionalwahlen.

3. Position/Forderung der AK

Interessenpolitisch verfolgen wir unsere Anliegen einerseits auf österreichischer Ebene (BMWFJ, BKA, BMASK, BMeiA, ...) und andererseits in Brüssel auf Ebene des Internationalen Handelsausschusses des Europäischen Parlaments und der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission. Hier konnten wir im Laufe der letzten Jahre insbesondere die Inhalte des Nachhaltigkeitskapitels, den Schutz öffentlicher Dienstleistungen vor weiteren Liberalisierungen, die Liberalisierung der Personenfreizügigkeit und die Regelungen bezüglich Investitionen beeinflussen. Das federführende BMWFJ transportiert die Anliegen der ArbeitnehmerInnen nur im Bereich der Personenfreizügigkeit und allenfalls beim Schutz öffentlicher Dienstleistungen angemessen.

Aktivitäten und Erfolge der AK:

- Indien ist das heurige Schwerpunktland der Abteilung EU und Internationales. Wir begleiten die Verhandlungen und **begutachten** die Verhandlungsunterlagen laufend durch Stellungnahmen.
- Am 13. September wird eine international besetzte **Diskussionsveranstaltung** ausgerichtet, die sich einerseits dem Freihandelsabkommen EU-Indien aber auch den aktuellen Arbeitsbedingungen (Kooperation mit dem BMASK und Südwind über die Arbeitsbedingungen in der indischen Handyproduktion) widmen wird.
- Auf österreichischer Ebene ist es nach Jahren gelungen die vor 2000 bestehenden Strukturen wiederaufzubauen, sodass wir inzwischen das BMASK und das BKA neben dem ÖGB zu **Bündnispartnern** in der Handelspolitik zählen dürfen. Hier sind besonders die aktuellen Stellungnahmen des BMASK zum FHA EU Indien und EU Japan positiv hervorzuheben (verbindliche Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, Decent Work Agenda, Streitbeilegungsverfahren, ua).
- Auf Ebene der Kabinette des BMASK und BMWFJ wurde ein **Interessenabtausch** im Zusammenhang mit dem FHA EU-Kolumbien erzielt. Das Abkommen, das auch auf EU-Ebene sehr umstritten ist, wurde wegen der katastrophalen Menschenrechtsslage in Kolumbien seit Jahren heftig seitens des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der BAK und des ÖGB kritisiert. Im Abtausch gegen die Zustimmung im Ministerrat wurde vereinbart, dass die **Bundesregierung bei künftigen FHA die verbindliche Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und die Anwendung des Streitbeilegungsverfahrens auf das gesamte Nachhaltigkeitskapitel einfordern** wird.
- Aktuell wird auch eine Grundsatzposition zur Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie (NSTRAT) erarbeitet, in der die **österreichische Position zur Handelspolitik im Zusammenhang mit Sozial- und Umweltstandards** formuliert werden soll. BAK und ÖGB streben an, dass die oben genannte Vereinbarung zwischen BMWFJ und BMASK in der Strategie auf längere Sicht festgeschrieben wird.